



## Medienmitteilung

Zürich, 31. Oktober 2024

### **Beschlüsse der Kommissionen**

#### **GPK: Bericht und Rechnung der BVG- und Stiftungsaufsicht soll genehmigt werden**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2023 der BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS) zu genehmigen ([5972](#)). Die BVS nimmt als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt für den Kanton die Aufsicht über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge wahr. Zudem beaufsichtigt sie die unter kantonaler Aufsicht stehenden Stiftungen und nimmt die Aufsicht über die meisten Stiftungen mit kommunalem Bestimmungszweck wahr.

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

#### **GPK: Genehmigung der Jahresberichterstattung zum Forensischen Institut beantragt**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Berichterstattung zum Leistungsauftrag, den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2023 des Forensischen Instituts Zürich (FOR) zu genehmigen ([5973](#)). Das FOR ist seit dem 1. Januar 2022 eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons Zürich. Entstanden ist es aus der Zusammenführung der Kriminaltechnischen Abteilung der Kantonspolizei Zürich und des Wissenschaftlichen Dienstes bzw. des Wissenschaftlichen Forschungsdienstes der Stadtpolizei Zürich.

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

#### **KBIK: Flächendeckende Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt in Schulen gefordert**

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, das Postulat betreffend «Prävention im Bereich sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen in Schulen» mit einer anderslautenden Stellungnahme abzuschreiben ([KR-Nr. 82/2022](#)). Mit dem Postulat forderten SP, FDP, GLP, Grüne, Mitte, EVP und AL, dass der Regierungsrat die Prävention gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen durch die Verankerung entsprechender Schutzkonzepte in Schulen und Einrichtungen der schulischen Betreuung stärken soll. Der Regierungsrat verweist darauf, dass er die Erarbeitung von Schutzkonzepten bereits finanziell sowie mit Beratung und Unterlagen breit unterstütze. Er könne die Schulbehörden aber nicht zur Erarbeitung verpflichten. Der Mehrheit der Kommission genügt dies nicht. In der anderslautenden Stellungnahme hält sie an der Forderung fest, dass an allen Schulen und Einrichtungen der schulischen Betreuung Schutzkonzepte zu erarbeiten sind. Die Minderheit der Kommission (SVP, FDP, Mitte) ist der Meinung, dass der Kanton seine Verantwortung bereits stufengerecht wahrnimmt, und beantragt, das Postulat direkt abzuschreiben.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

#### **KBIK: Angebot gegen sexuelle Ausbeutung im ausserschulischen Bereich genügt**

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend «Prävention sexueller Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im



ausserschulischen Bereich» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 236/2022](#)). Mit dem Postulat von Mitte, SVP, SP, FDP, GLP, Grünen und AL wurde der Regierungsrat aufgefordert aufzuzeigen, wie die Prävention gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen ausserhalb der Schule weiterentwickelt werden kann. Der Regierungsrat überzeugte die Kommission mit seiner Antwort, dass ihm die Prävention gegen sexuelle Ausbeutung seit Jahren ein zentrales Anliegen ist und staatliche und private Angebote vielfältig gefördert werden, sodass das Präventionsangebot bereits heute breit aufgestellt ist.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

### **STGK: Stärkere Förderung der digitalen Partizipation**

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat der GLP betreffend «Neue partizipative Formen der Demokratie dank Digitalisierung» abzuschreiben ([KR-Nr. 226/2019](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat gebeten, eine Strategie für eine partizipative Demokratie zu erarbeiten, um neue informelle Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung mittels digitalen Mitwirkungs- und Ideenplattformen zu erarbeiten. Dazu wurde im Jahr 2020 das Projekt «Partizipation neu denken» als Teil des Impulsprogramms Digitale Verwaltung 2018–2022 gestartet. Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) erhielt den Auftrag, eine Bestandesaufnahme zu erstellen, und erarbeitete auf deren Grundlage einen Partizipationsbaukasten, der als Wegleitung dienen soll. Mit dem Baukasten, den Empfehlungen aus der Studie und der Bereitstellung von zusätzlichen personellen Mitteln wird gemäss Regierungsrat die Partizipation der Bevölkerung sowohl in digitaler als auch in nicht digitaler Form gestärkt. Die Kommission folgt dieser Einschätzung.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

### **KPB: Postulat zu Kongresszentrum mit abweichender Stellungnahme abschreiben**

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat, das Postulat betreffend «Kongresszentrum Stadt Zürich» von FDP, Mitte und SVP als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 350/2017](#)). Die Kommissionsmehrheit (SVP, FDP, Mitte) will dies aber mit einer abweichenden Stellungnahme tun. Zwar hält sie den Bericht des Regierungsrates für ausreichend in Bezug auf die Frage, ob sich das Gebiet Sihlquai, Limmatstrasse, Hafnerstrasse in Zürich für ein Kongresszentrum eignen würde. Die Ausführungen des Regierungsrates zur Bedeutung des Kongresswesens und zum Bedarf nach einem Kongresszentrum im Kanton Zürich seien jedoch stark durch die damalige Corona-Situation geprägt. Der Bericht gebe keinen Aufschluss darüber, wie sich der Bedarf bis heute tatsächlich entwickelt habe. Die Kommissionsminderheit (SP, GLP, Grüne) beantragt die Abschreibung des Postulats ohne abweichende Stellungnahme. Sie teilt die Meinung des Regierungsrates, dass es im Kanton bereits ausreichend geeignete Kongresslokalitäten gebe.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

### **KPB: Postulat betreffend Kreislaufwirtschaft am Bau soll abgeschrieben werden**

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend «Kreislaufwirtschaft am Bau» der FDP als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 413/2021](#)). Mit dem Postulat wurde ein Bericht zur Umsetzung der Kreislaufwirtschaft bei Neubauten und Instandsetzungen von kantonalen Liegenschaften sowie zur Schaffung von



möglichen Anreizen zugunsten der Umsetzung der Kreislaufwirtschaft im privaten Markt gefordert. Die Kommission hat den ausführlichen Bericht des Regierungsrates wohlwollend zur Kenntnis genommen. Sie erachtet das Engagement des Kantons bei der Umsetzung der Kreislaufwirtschaft am Bau als lobenswert und unterstützt vor allem die Festsetzung von verbindlichen CO<sub>2</sub>-Grenzwerten beim Bau kantonaler Liegenschaften sowie die Zusammenarbeit mit privaten Grossinvestoren im Rahmen der «Charta Kreislauforientiertes Bauen». Ein Teil der Kommission geht allerdings davon aus, dass das kreislauforientierte Bauen mittelfristig höhere Kosten zur Folge haben wird, als der Regierungsrat in seinem Bericht annimmt.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

**KPB: Bauprogramm der Staatsstrassen soll zur Kenntnis genommen werden**

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig die Kenntnisnahme des Bauprogramms der Staatsstrassen für die Jahre 2025–2027 ([5975](#)). Mit dem Bericht legt der Regierungsrat dem Kantonsrat gemäss Strassengesetz das Bauprogramm der nächsten drei Jahre für die Staatsstrassen im Kanton Zürich vor. Gleichzeitig informiert er über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der strategischen Grundlagen und die Umsetzung von neuen Bundesvorgaben im Bereich Verkehr.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

**KPB: Langfristige, strategische Immobilienplanung LSI 2024 soll genehmigt werden**

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Langfristige, strategische Immobilienplanung LSI 2024 zu genehmigen ([5979](#)). Das Immobilienamt erstellt jährlich eine Planung über die Immobilien des Kantons und seiner öffentlich-rechtlichen Anstalten, einschliesslich der Universität Zürich und der Immobilien der Fonds im Verwaltungsvermögen. Der Kantonsrat genehmigt die LSI gleichzeitig mit der Festlegung des Budgets und des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans (KEF).

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

*Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.*